

Was bedeutet ein Fünf-Parteien-System für die Strategie der Gewerkschaften?

Wir fragen zwei Wissenschaftler und zwei Gewerkschafter.



Foto: Universität Düsseldorf

„Kontroversen mit allen fünf Parteien wagen“

ULRICH VON ALEMANN ist Politikwissenschaftler an der Universität Düsseldorf und Parteienforscher.

Der DGB bekennt sich zum Prinzip der Einheitsgewerkschaft – und meint damit die weltanschauliche und parteipolitische Neutralität. Was er damit nicht meint, ist eine generell unpolitische Haltung. Faktisch hat er aber vor allem den Dialog mit den beiden großen Volksparteien – CDU und SPD – geführt. Mit ihnen hat er sich arrangiert und in den Vorständen auch einen gewissen Proporz gepflegt, ablesbar an der Vertretung der Christdemokraten im DGB-Vorstand. Mit den kleineren Parteien dagegen hatte der DGB nicht sehr viel am Hut. Das galt lange auch für die Grünen, die den Gewerkschaften recht fernstanden. Bei der Linkspartei ist die Lage anders, da linke Gewerkschafter in dieser Partei sehr zahlreich vertreten sind.

In Zukunft müsste der DGB sich aber gegenüber allen fünf wichtigen Parteien diskussionsoffen zeigen. Mit der CSU sind es sogar sechs. Er muss zu Diskussionen mit allen Parteien, die aktuelle oder, in der Opposition, potenzielle Regierungsparteien sind, bereit sein. Ein solches Vorgehen schließt eine engere Bindung an die traditionellen großen Volksparteien, die ihn in der Vergangenheit geprägt hat, gar nicht aus – der DGB muss sich aber breiter aufstellen. Die Einseitigkeit der Ausrichtung auf die SPD – und zu einem kleineren Teil auf die CDU – sollte der DGB aufgeben. Ein Beispiel für eine erfolgreiche Öffnung könnten die Grünen sein. Nachdem es anfänglich eine große Distanz zwischen ihnen und den Arbeitnehmerorganisationen gab, haben diese sich geöffnet. Mit Frank Bsirske steht heute ein ehemaliger Grünen an der Spitze der Gewerkschaft ver.di.

Die Diskussionskultur in den Gewerkschaften ist aber heute noch nicht ausreichend entwickelt, um eine solche Strategie auch umfassend umzusetzen. Es gibt noch alte Gräben. Viele Kämpfe, die früher innerhalb der SPD ausgetragen wurden, etwa zwischen linksorientierten und moderaten Kräften, wurden auch sehr intensiv innerhalb der Gewerkschaften ausgetragen. Hier müsste es den DGB-Gewerkschaften gelingen, statt einen unverbindlichen gesellschaftlichen Dialog zu pflegen, sich inhaltlich und kontrovers mit allen fünf Parteien auseinanderzusetzen. Das ist die Voraussetzung, damit die Gewerkschaften in Zukunft erfolgreich Politik machen. ■

„Sich auf lange Jahre bürgerlicher Mehrheit einstellen“

BRITTA REHDER ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Kölner Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung.



Foto: privat

Aus der Zahl der etablierten Parteien resultiert gar nichts. Es kommt auf die konkrete Konstellation an. Kennzeichnend für die deutsche Situation sind der Zerfall der Sozialdemokratie und der Aufstieg der Linkspartei. Diskussionen über eine baldige Wiedervereinigung halte ich für unrealistisch. Drei Dinge erscheinen mir für die Gewerkschaften strategisch bedeutsam: Die SPD verstrickt sich gerade in Konflikte zwischen den Befürwortern und Gegnern der Agenda 2010, wobei das Verhältnis zur Linkspartei wohl noch eine Weile lang ungeklärt bleiben wird. Die Gewerkschaften werden aufpassen müssen, von diesen Zentrifugalkräften nicht erfasst zu werden, denn ihre Situation ist im Grunde nicht viel anders. Auch hier ist das Verhältnis zur Linken vielerorts ungeklärt; auch hier ist der unkontrollierte Ausbruch von Auseinandersetzungen zwischen „Co-Managern“ und „Organizing-Befürwortern“ möglich.

Die Fragmentierung der politischen Linken und die auch daraus resultierende Orientierung der Grünen ins bürgerliche Lager hinein bedeutet, dass die immer schon existierende strukturelle Mehrheit der bürgerlichen Parteien gestärkt wird. Die Gewerkschaften werden sich darauf einstellen müssen, für mindestens acht Jahre einer CDU-geführten Regierung mit liberalem Einschlag gegenüberzustehen.

Mit der schwarz-gelben Koalition oder irgendwann mit einer Jamaika-Koalition rücken Themen in den Vordergrund, die nicht unbedingt gewerkschaftsnah sind. Die Gewerkschaften werden sich inhaltlich breit aufstellen müssen, um dennoch ihre Chancen zu nutzen.

Dass die Regierung auf einen großflächigen Abbau von Arbeitnehmerrechten hinwirkt, halte ich für unwahrscheinlich. Damit hätte die CDU 2005 fast die Bundestagswahl verloren. Ich erwarte eher einen Großkonflikt um die Kernenergie. Auch wenn es insbesondere der IG BCE schwerfallen wird, sollten sich die Gewerkschaften auf diesem Feld positionieren, um ein sozilliberales Milieu anzusprechen. Außerdem können hier Ansatzpunkte für Organizing-Projekte liegen, um den Sektor der erneuerbaren Energien zu erreichen. Die Tendenz, Gewerkschaften als soziale Bewegung zu verstehen, wird durch die neue Konstellation wohl insgesamt verstärkt werden. ■

„Nie war parteipolitische Unabhängigkeit so wertvoll“

FRANK BSIRSKE ist Vorsitzender der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di in Berlin.



Foto: Liesa Jahnsser/photothek

Das Fünf-Parteien-System ist nicht vom Himmel gefallen. Die Linkspartei verdankt ihre Zustimmung der Zuspitzung der Verteilungskonflikte und – so sagen es die Wahlanalysen – der nachlassenden Fähigkeit der SPD, Arbeitnehmer und Arbeitslose an sich zu binden. Die Strategie, die Linke zu verteufeln und Bündnisse mit ihr auf Bundesebene auszuschließen, hat bei den Bundestagswahlen eine Machtoption vom Tisch genommen und viele potenzielle Wähler demotiviert. Andererseits hat die Union durch einen Wahlkampf mit viel Merkel und wenig CDU dem Bedürfnis vieler Menschen nach Sicherheit ent-

sprochen, und sie hat durch den Verzicht auf ein neoliberales Programm und auf Angriffe auf Arbeitnehmerrechte Vorbehalte abbauen können. Immerhin hat ein Viertel aller Gewerkschaftsmitglieder CDU gewählt. Inwieweit dies tatsächlich mit einem Politikwechsel der Union einhergehen wird, muss sich zeigen.

Nie war die Einheitsgewerkschaft, ihre parteipolitische Unabhängigkeit und ihre Eigenständigkeit so wertvoll wie heute. Darum wird ver.di alle Parteien an den gleichen Kriterien messen: an ihrer praktischen Politik, an ihren politischen Initiativen, Programmen und dem Handeln ihrer Repräsentanten. Dies ist angesichts einer gestärkten FDP umso wichtiger, denn die Antworten auf die Krise sind nach wie vor eine wirksame Regulierung der Finanzmärkte, eine groß dimensionierte, antizyklische Krisenpolitik, eine neue Balance zwischen industrieller und am Binnenmarkt ausgerichteter Wertschöpfung in den Dienstleistungen – plus dem sozial-ökologischen Umbau unserer Gesellschaft.

Vor allem aber dürfen die Lasten der Krise nicht in erster Linie auf die Erwerbstätigen, die Erwerbslosen und alle, die auf unsere soziale Sicherung angewiesen sind, abgewälzt werden. Mit der Schuldenbremse hat die Große Koalition einen Mechanismus in Gang gesetzt, der weitere Entstaatlichung fördert und soziale Spaltungen wahrscheinlicher macht. Mich beunruhigt besonders die niedrige Wahlbeteiligung der Menschen, die nur über ein geringes Einkommen verfügen, arbeitslos sind und sich immer mehr an den Rand der Gesellschaft gedrängt sehen. Für ver.di und die gesamte Gewerkschaftsbewegung ist dies ein Ansporn, ihren Kampf für den gesetzlichen Mindestlohn, für gute Arbeit und ein gutes Leben engagiert fortzusetzen. ■

„Wir müssen rein in die Parteien“

REGINA GÖRNER ist Vorstandsmitglied der IG Metall und Mitglied im CDU-Bundesvorstand.



Foto: Marco Urban

Das neue System bedeutet zunächst einmal mehr Arbeit in Richtung Öffentlichkeit und Politik. Man kann sich nicht mehr darauf verlassen, dass die Interessen der Arbeitnehmer schon zur Geltung kommen werden, wenn man sich die Unterstützung einer einzigen Partei sichert. Mancher mag das bedauern, aber die Erfahrungen damit waren in der Vergangenheit ja auch nicht besonders ermutigend.

Wahrscheinlich wird es nicht bei fünf Parteien bleiben. Weitere Spaltungen und Sezessionen sind nicht ausgeschlossen. Ein-Themen-Parteien werden häufiger aus dem Boden schießen und ihre Wähler finden. Möglicherweise wird es nur noch eine Volkspartei im klassischen Sinn geben. Wenn sie dies als Alleinstellungsmerkmal auspielen kann, werden Regierungswechsel schwieriger.

Das alles bedeutet für die Gewerkschaften mehr Unsicherheit und Intransparenz. Politische Großwetterlagen lassen sich nicht mehr zuverlässig einschätzen. Regierungskoalitionen werden stärker von zufälligen Konstellationen abhängen. Mehrparteienkoalitionen dürften zunehmend zum Normalfall werden. Alle Parteien werden versuchen, für möglichst viele Partner koalitionsfähig zu werden. Die gewohnten politischen Lagerbildungen weichen auf.

Möglicherweise muß man in den Fraktionen der Parlamente künftig mit mehr Personalwechsel rechnen. Das ist oft mit Kompetenz- und Erfahrungsverlusten verbunden, kann aber zugleich mehr Offenheit und weniger Vorfestlegungen bedeuten.

Die Gewerkschaften tun gut daran, sich aller Chancen zu versichern, wenn sie die Interessen von Arbeitnehmern vertreten. Regelmäßige Kontakte zu Regierungs- wie Oppositionsparteien, zu örtlichen Abgeordneten oder Experten für gewerkschaftsrelevante Sachfragen werden unabdingbar sein. Unser Rat wird vielleicht häufiger gesucht werden, aber wir müssen auch bereit sein, mehr Zuarbeit zu leisten.

Ganz töricht wäre es, die Parteien links (oder rechts) liegen zu lassen. Wir haben in den letzten Jahren nur zu deutlich erfahren, was geschieht, wenn die Interessen und der Sachverstand der Arbeitnehmer in den Parteien, Regierungen und Fraktionen keine Rolle mehr spielen. Dagegen gibt es nur ein Mittel: Rein in die Parteien und mitgestalten! Wenn wir es nicht machen, werden andere das Sagen haben. ■